

Streit um Inklusion: SPD attackiert Ministerin

Die Opposition wirft Bildungsministerin Karin Prien (CDU) vor, sich von der Inklusion zu verabschieden

Von Kay Müller

KIEL Martin Habersaat ärgert sich. Der Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion ist sauer auf Bildungsministerin Karin Prien (CDU), weil die sagt, dass die gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Schulen kein Selbstzweck sei. „Inklusion ist ein von den Vereinten Nationen beschlossenes Menschenrecht – und damit ist sie natürlich ein Selbstzweck“, sagt der Oppositionspolitiker. „Ich habe den Verdacht, dass sich Frau Prien von dem in Schleswig-Holstein lange gelebten Konsens verabschiedet, dass wir die Inklusion vorantreiben wollen.“

Zwar baue Prien wie ihre Vorgängerin Britta Ernst (SPD) Stellen von Sozialpädagogen auf, wie es in einem Gutachten gefordert wurde, das die Vorgängerregierung erstellen ließ. „Aber warum redet Frau Prien dann in der Öffentlichkeit die Inklusion schlecht?“

„Inklusion ist ein von den Vereinten Nationen beschlossenes Menschenrecht – und damit ist sie natürlich ein Selbstzweck.“

Martin Habersaat (SPD)
Bildungspolitiker

Deswegen hat Habersaat für die nächste Landtagssitzung einen Antrag gestellt, mit dem das Parlament beschließen soll, dass Priens Aussage mit der Grundsatzposition des Landtages nicht vereinbar ist. Schließlich habe Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen unterzeichnet. „Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass eine Mehrheit im Landtag daran rütteln will.“ Am Mittwoch wird das Parlament gleich als erstes darüber debattieren.



Behinderte und nichtbehinderte Kinder sollen in Inklusionsprojekten gemeinsam lernen. FOTO: DPA

Die CDU verweist darauf, dass die Inklusion im Norden weiter vorangetrieben werde. „Inklusion ist und bleibt eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Da ist es weder hilfreich noch zielführend, diesen Bereich im Rundumschlag schlecht zu reden, Herr Habersaat“, sagt Anette Röttger, Inklusionsbeauftragte für Schulen der CDU-Fraktion.

Die AfD freut sich, dass Röttger die Inklusion an Regelschulen und Förderzentren lobt. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion: „Dass Förderzentren bei uns geschlossen wurden und werden, ist ein Fehler, der vor allem zu Lasten der davon betroffenen Schüler geht. Denn eine so gute und professionelle Förderung wie an einer Förderschule kann an einer Gemeinschaftsschule niemals erreicht werden – das hat die Praxis längst bewiesen.“

Karin Priens Sprecherin Beate Hinse sagt, Prien habe die Inklusion als Menschenrecht nie in Abrede gestellt. Sie verweist auf die Erklärung der Bildungsministerin,

der Ministerin also um Qualität, nicht um Quantität. Hinse: „Frau Prien stellt also nicht die Inklusion an sich in Frage.“

KOMMENTAR

Zu Gast bei den Schaumschlägern

Ich gebe es zu: Ich kann es langsam nicht mehr hören. Die ewige Debatte um die Inklusion behinderter Kinder nervt. Auf der einen Seite die SPD, die am liebsten noch mehr Kinder ins Regelschulsystem aufnehmen möchte, auf der anderen die CDU, die es so belassen möchte, wie es ist. Und die SPD wirft der CDU wieder einmal vor, dass sie die Inklusion nicht wirklich wolle. Alles Schaumschlägerei.

Dabei ist doch alles schon auf dem Weg. Schleswig-Holstein hat nach Bremen die höchste Inklusionsquote aller Bundesländer – und niemand will dies zurückdrehen. Es geht nur darum, dass Regelschulen auch personell ausreichend ausgestattet wer-

den, damit alle Kinder vernünftigen Unterricht bekommen. Dank der guten Kassenlage arbeitet auch die CDU-Bildungsministerin daran.

Und niemand zweifelt daran, dass es auch Förderzentren für Kinder geben muss, die zu stark behindert sind, um Regelschulen besuchen zu können. Auch sie müssen vernünftig ausgestattet werden und gut zu erreichen sein.

Mehr muss Politik nicht machen. Den Rest werden die Eltern und die Kinder entscheiden. Sie werden wissen, was am besten für sie ist.



Kay Müller
ist Mitglied unserer
Schleswig-Holstein-Redaktion
ky@shz.de